

Niederländischer Zentralbankpräsident Knot greift Paris frontal an

„Frankreich soll sich an die Regeln halten“

In den 16 Jahren seit Beginn der Währungsunion hat die Regierung in Paris elf Mal die Euro-Stabilitätsziele verfehlt

VON HELMUT HETZEL (DEN HAAG)

Der Präsident der niederländischen Zentralbank (DNB) Klaas Knot hat Frankreich wegen seiner andauernden defizitären Haushaltspolitik und der Nichteinhaltung des Euro-Stabilitätspakts frontal angegriffen. „Die Währungsunion und der Euro bestehen jetzt 16 Jahre und in dieser Zeit hat Frankreich in elf Jahren die Euro-Stabilitätsnorm nicht eingehalten“, sagte Knot bei der Präsentation des DNB-Jahresberichts in Amsterdam.

Dann kam es noch härter: „Man sollte davon ausgehen können, dass Länder sich an die Regeln und Absprachen halten, die gemacht worden sind. Es mag Ausnahmen geben, diese Ausnahmen dürfen aber nicht zur Regel werden. Man kann immer neue Ausreden erfinden, warum man sich nicht an die Regeln und die abgesprochene Haushaltsdisziplin halten kann, aber die ständigen Ausnahmen unterminieren das Vertrauen in die Stabilitätsregeln für den Euro. Es stellt sich die Frage: Ob diese Regeln eigentlich für alle Euro-Länder gelten oder für manche nicht.“

Und wieder eine Ausnahme

Der holländische Zentralbankpräsident Knot kritisierte indirekt auch den amtierenden Haager Ministerpräsidenten Mark Rutte und den Haager Finanzminister und Vorsitzenden der Eurogruppe Jeroen Dijsselbloem, weil diese vorschnell zugestimmt haben, dass Frankreich erneut eine Ausnahmeregelung für den Euro-Stabilitätspakt erhält, sodass Paris mehr



Auf den Stufen des Elysée-Palasts: Frankreichs Präsident Hollande wartet auf Gäste.

(FOTO: REUTERS)

Schulden machen kann als das nach dem Euro-Stabilitätspakt zulässig ist. „Wie anders war das zu Zeiten, als Gerrit Zalm noch Finanzminister war?“ fragte Knot scharf. Gerrit Zalm, der derzeit Vorstandschef der seit 2008 verstaatlichten ABN Amrobank ist und diese fit für einen Börsengang machen muss, hatte in der Eurogruppe den Spitznamen „Il Duro – der Harte“. Zalm war En-

de der 90er-Jahre gegen den Beitritt von Griechenland und Italien zur Eurozone. Auch kritisierte er als Finanzminister im Jahr 2003 Frankreich und Deutschland scharf, als diese beiden Länder erstmals gemeinsam den Euro-Stabilitäts- und Wachstumspakt brachen.

Auch die Europäische Zentralbank (EZB) und damit deren Präsident Mario Draghi standen im

Kreuzfeuer der Kritik des niederländischen Zentralbankpräsidenten Knot. „Der Tsunami des billigen Geldes, mit dem die EZB die Märkte überschwemmt, birgt enorme Risiken“, meint Knot. Der Kauf von Staatsanleihen monatlich mit einem Volumen von 60 Mrd. Euro „weckt die Illusion auf permanente Liquidität und damit nehmen die Risiken immer mehr zu“, stellte Knot fest.

Er appellierte an die Regierungen in der Eurozone trotz des billigen Geldes „mehr denn je“ die nötigen wirtschaftlichen Reformen durchzuführen.

Auch während dieses Appells kritisierte Knot erneut Frankreich, aber auch Italien. „Frankreich und Italien geraten ins Hintertreffen“, stellte er fest. „Länder wie Portugal oder Irland lassen sehen: Reformen lohnen sich.“

Gegenwind für „Kamikaze-Horst“

Die Energiewende des bayrischen Ministerpräsidenten und CSU-Chefs Horst Seehofer droht zu kippen

VON HELMUT UWER (BERLIN)

„Kamikaze-Horst Seehofer schlug zu“, twitterte Grünen-Chefin Simone Peter, nachdem Seehofer vor einer Woche völlig überraschend den Kompromiss für ein Gesetz zur energetischen Gebäudesanierung abgelehnt hatte. Die Maßnahme ist Teil der Energiewende, mit der Deutschland bis 2022 den Ausstieg aus der Atomenergie schaffen will. Hintergrund ist die Reduzierung des sogenannten Handwerkerbonus. Auftraggeber können nun Summen unter 300 Euro nicht mehr von der Steuer abziehen. Das aber würde Seehofers Hauptzielgruppe, die kleinen Leute, treffen.

Überhaupt hat die Energiewende für den CSU-Chef nicht mehr die höchste Priorität. Insbesondere die Stromtrassen sind ihm ein Dorn im Auge. Bayern ist das Bundesland mit dem größten Anteil an Atomkraft. Um die ab 2022 wegfallende Atomkraft zu ersetzen, soll über zwei Stromtrassen aus dem hohen Norden Strom aus Windkraft in den Süden transportiert werden. Seit aber der Widerstand gegen diese Stromtras-

sen immer stärker wird, sucht Seehofer jedes Mittel, die Entscheidung über den genauen Trassenverlauf hinauszuzögern.

Dummerweise droht nun auch Seehofers bisherige Alternative zu kippen. Der Schutzpatron der Trassengegner wollte nämlich den für die bayrische Industrie erforderlichen Strom durch Gaskraft-

werke erzeugen lassen. Nun aber hat ihm der Energiekonzern Eon einen Strich durch die Rechnung gemacht. Das Unternehmen will sein Gaskraftwerk in Irsching stilllegen. Das modernste und effizienteste Gaskraftwerk hat im letzten Jahr nicht eine Sekunde lang Strom für den Markt produziert. Das liegt daran, dass in Deutsch-

land regenerative Energien Vorrang bei der Einspeisung ins Stromnetz haben. Es folgen Strom aus Kohle und Atomkraft, da Strom aus Gas zu teuer ist. Seehofers Energiewende wäre also weit teurer als die Stromleitungen aus dem Norden.

Mit seiner Bremsaktion hat Seehofer nicht nur die Schwesterpartei CDU irritiert. Auch in der eigenen Partei schütteln viele die Köpfe. Die bayrische Energieministerin Ilse Aigner (CSU) hat mehrfach durchblicken lassen, dass sie sich eine Energiewende ohne neue Leitungen nicht vorstellen kann. Parteivize Peter Ramsauer hatte schon vor Tagen darauf hingewiesen, dass auch Bayern 2011 der Energiewende zugestimmt habe. Für Ramsauer ist klar, dass Bayern den Windstrom aus dem Norden braucht. Darum müsse man Stromtrassen bauen: „Dem liegen ganz einfache physikalische und technische Gegebenheiten zugrunde.“

„Ihr oder ich“

Doch Ramsauer hat noch aus einem anderen Grund den Zorn des Parteichefs entfacht. Zusammen

mit Parteivize Peter Gauweiler hat Ramsauer im Bundestag gegen die Verlängerung des Hilfspaketes für Griechenland gestimmt. Seehofer hatte zuvor dagegen Geschlossenheit angemahnt. Laut Medienberichten soll er im Parteivorstand den beiden mit „Ihr oder ich“ gedroht haben.

Ob dieses Duell eindeutig zugunsten Seehofers ausgehen wird, lässt sich nicht einfach beantworten. Sicher ist, dass sich die Parteispitze im Herbst der Wahl stellen muss. Sicher ist auch, dass Seehofer wieder antritt. Mehr aber ist derzeit nicht sicher. Für Ramsauer und Gauweiler wird es nicht einfach werden, ihre Posten zu behalten. Ramsauer und Seehofer pflegen seit Jahrzehnten eine intime Feindschaft. Gauweiler wurde vor zwei Jahren von Seehofer in die Spitze gehievt, damit er die Stimmen der Euroskeptiker für die CSU holt. Das hat bei der Europawahl aber nicht funktioniert. Seehofer wiederum befindet sich im „Herbst des Patriarchen“. Bei der Landtagswahl 2018 will er nicht mehr antreten. Es wachsen jedoch die Zweifel, ob er sich bis dahin an der Spitze halten kann.



Bayerns Ministerpräsident ist entschiedener Trassengegner. (FOTO: REUTERS)